

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
 <i>Einleitung</i>	 1
A. Ausgangspunkt der Untersuchung: Urteile des LG Magdeburg und OLG Naumburg im sog. Tierstall-Fall	1
B. Der Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und seine möglichen Grenzen	3
C. Gang der Untersuchung	6
 <i>Kapitel 1: Grundlagen des § 34 StGB</i>	 9
A. § 34 StGB und Defensivnotstand	9
B. Legitimation des § 34 StGB	17
C. Zusammenfassung	46
 <i>Kapitel 2: Der Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und seine Bedeutung für § 34 StGB</i>	 47
A. Notstandsfähige Rechtsgüter	48
B. Gegenwärtige Gefahr	66
C. Erforderlichkeit („nicht anders abwendbar“)	79
D. Angemessenheit	92
E. Zusammenfassung	156
 <i>Kapitel 3: Vorrang staatlicher Verfahren bei Defiziten im Genehmigungsverfahren</i>	 159
A. Einordnung der Fallgruppe	161
B. Rechtswidrige Genehmigungen	163
C. Nichtige Genehmigungen	182
D. Zusammenfassung	183

*Kapitel 4: Vorrang staatlicher Verfahren**bei Defiziten bei der Gefahrenabwehr* 185

A. Einordnung der Fallgruppe 186

B. Exekutive Untätigkeit im gefahrenabwehrrechtlichen Verfahren 189

C. Exekutive Untätigkeit in sonstigen verwaltungsrechtlichen Verfahren 234

D. Zusammenfassung 235

*Kapitel 5: Vorrang staatlicher Verfahren**bei Defiziten der Legislative* 237

A. Einordnung der Fallgruppe 239

B. Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und Akte zivilen
Ungehorsams 249C. Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und unmittelbar
intervenierende Handlungen 279

D. Zusammenfassung 282

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse 285

Literaturverzeichnis 289

Sachregister 317

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
<i>A. Ausgangspunkt der Untersuchung: Urteile des LG Magdeburg und OLG Naumburg im sog. Tierstall-Fall</i>	1
<i>B. Der Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und seine möglichen Grenzen</i>	3
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	6
Kapitel 1: Grundlagen des § 34 StGB	9
<i>A. § 34 StGB und Defensivnotstand</i>	9
I. § 34 StGB als Regelung des Aggressiv- und Defensivnotstands	10
II. Abgrenzung von Aggressiv- oder Defensivnotstand bei behördlichen Genehmigungen	12
III. Ergebnis	17
<i>B. Legitimation des § 34 StGB</i>	17
I. § 34 StGB als Realisierung der grundgesetzlichen Schutzpflichten	19
1. Überblick zu den Grundlagen der grundrechtlichen Schutzpflichten	19
a) Objektiv-rechtliche Schutzpflicht und subjektives Schutzrecht	20
b) Schutzbereiche grundrechtlicher Schutzpflichten	21
c) Beeinträchtigung grundrechtlich geschützter Positionen	24
d) Bindung aller Staatsgewalten und Wahl des Schutzmittels	25
2. Überblick zu den Grundlagen der Schutzpflicht des Staates für die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere (Art. 20a GG)	27
a) Schutzbereiche des Art. 20a GG	28
b) Bindung aller Staatsgewalten und Wahl des Schutzmittels	29
3. Grundgesetzliche Schutzpflichten und Strafrecht	30
a) Vorab: Zur Konstitutionalisierung des Strafrechts	31
b) Realisierung der grundgesetzlichen Schutzpflichten durch Straftatbestände	34

c) Realisierung der grundgesetzlichen Schutzpflichten durch Rechtfertigungsgründe	36
aa) Rechtfertigungsgründe als „Medium“ grundgesetzlicher Schutzpflichten	37
bb) Verfassungsrechtliche Argumentation als ein Baustein in der Legitimationsfrage des § 34 StGB	39
cc) Zwischenfazit	40
II. Aggressivnotstand als Ausdruck des Solidaritätsgedankens und Defensivnotstand als Ausdruck des Verantwortungsprinzips	40
1. Aggressivnotstand	41
2. Defensivnotstand	45
III. Ergebnis	46
<i>C. Zusammenfassung</i>	46
 Kapitel 2: Der Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und seine Bedeutung für § 34 StGB	47
<i>A. Notstandsfähige Rechtsgüter</i>	48
I. Überblick zum Meinungsstand	48
II. Stellungnahme	50
1. § 34 S. 1 StGB: „Von sich oder einem anderen“	50
2. Konflikt von bürgerlichen (Selbst-)Schutzhandlungen und staatlicher Schutzgewährung	51
3. Einfluss der Notstandskonzeption auf den Kreis notstandsfähiger Rechtsgüter	52
a) § 34 StGB als Realisierung der grundgesetzlichen Schutzpflichten . .	53
b) Solidaritätsgedanke als Legitimation des Aggressivnotstands und Verantwortungsprinzip als Legitimation des Defensivnotstands .	54
4. Ergebnis	55
III. Umweltgüter und tierliche Belange als notstandsfähige Rechtsgüter	56
1. Umweltgüter	56
2. Tierliche Belange	57
a) Schutz des Tieres oder Schutz des Menschen?	58
aa) Das Schutzgut der tierschutzrechtlichen Vorschriften	59
bb) Individual- oder Allgemeinrechtsgut?	61
cc) Bedeutung für die Auslegung des § 34 StGB	63
dd) Zwischenfazit	64
b) Konkretisierung der zu schützenden Belange	65
c) Zwischenfazit	65
3. Ergebnis	65
<i>B. Gegenwärtige Gefahr</i>	66
I. Gefahrbegriff	66

II. Ausgrenzung des allgemeinen Lebensrisikos und von bestimmten Notlagen?	69
1. Differenzierung von allgegenwärtigen abstrakten Lebensrisiken und konkretisierten Lebensrisiken	70
a) Allgegenwärtige abstrakte Lebensrisiken	71
b) Konkretisierte Lebensrisiken	73
2. Übertragung auf die Folgen des Klimawandels	75
III. Ergebnis	78
<i>C. Erforderlichkeit („nicht anders abwendbar“)</i>	79
I. Geeignetheit	79
II. Kein milderes, gleich geeignetes Mittel	80
1. Staatliche Maßnahmen als alternative Mittel	81
a) Behördliches Genehmigungsverfahren	81
b) Verwaltungsgerichtliches Verfahren	82
c) Verhältnis von Erforderlichkeit und Angemessenheit	84
2. Herbeirufen staatlicher Hilfe	85
a) Ausnahme bei zeitkritischen Gefahrenlagen	85
b) Ausnahme bei Zweifeln über die Wirksamkeit der Handlungsalternativen	88
III. Ergebnis	91
<i>D. Angemessenheit</i>	92
I. Differenzierung von Interessenabwägung und Angemessenheit	92
II. Schranken des § 34 StGB?	94
1. Rechtsgedanke des § 229 BGB	95
a) Begrenzung des § 229 BGB durch den Vorrang obrigkeitlicher Hilfe	95
b) Bedeutung für die Auslegung des § 34 StGB	96
2. Begrenzungen staatlichen Handelns	97
3. Grundsatz des staatlichen Gewaltmonopols	99
a) Grundzüge des Grundsatzes des staatlichen Gewaltmonopols	100
b) Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols und ihre Auswirkungen auf das sog. Verbot der Privatgewalt	102
c) Verfassungsrechtliche Verankerung des Grundsatzes des staatlichen Gewaltmonopols?	104
d) Bedeutung für die Auslegung des § 34 StGB	107
e) Zwischenfazit	109
III. Abschließende Regelung durch staatliche Verfahren?	109
1. Geltung des Grundsatzes des Vorrangs staatlicher Verfahren bei § 34 StGB?	109
a) Umgehung staatlicher Verfahren als „bloße Verfahrenswidrigkeit“? ..	110
b) Stellungnahme	111
c) Zwischenfazit	114

2. Gerichtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Vorrang staatlicher Verfahren	114
a) Entscheidungen im Zusammenhang mit Genehmigungsverfahren . . .	116
aa) Entscheidungen im Zusammenhang mit den Regelungen des BtMG	116
(1) Instanzgerichtliche Entscheidungen	117
(2) Entscheidung des BGH (BGHSt 61, 202)	119
bb) Entscheidungen im Zusammenhang mit den Regelungen des GenTG	120
cc) Sonstiges	121
b) Entscheidungen im Zusammenhang mit dem gefahrenabwehrrechtlichen Einschreiten	122
aa) Entscheidungen im Zusammenhang mit der allgemeinen Gefahrenabwehr	122
bb) Entscheidungen im Zusammenhang mit den Regelungen des GenTG	122
cc) Entscheidungen im Zusammenhang mit den Regelungen des TierSchG und der TierSchNutzV	123
dd) Sonstiges	124
c) Entscheidungen im Zusammenhang mit prozessualen Mitteln	124
aa) Entscheidungen im Zusammenhang mit verwaltungsgerichtlichen Verfahren	124
bb) Entscheidungen im Zusammenhang mit anderen Verfahrensordnungen	126
d) Entscheidungen im Zusammenhang mit anderweitigen Möglichkeiten zur Partizipation am demokratischen Willensbildungsprozess	128
e) Zwischenfazit	132
aa) Differenzierung von allgemeiner Gefahrenabwehr und besonderen Konfliktlösungsverfahren	132
bb) Grenzen des Grundsatzes des Vorrangs staatlicher Verfahren	134
3. Rezeption im Schrifttum zum Vorrang staatlicher Verfahren	136
a) Ausschluss des § 34 StGB bei vorrangigen und abschließenden Verfahrensregelungen	136
aa) Vorrang rechtlich geordneter Verfahren und Vorrang gesetzlicher Vorgaben oder Vorwegentscheidungen	138
bb) Verwaltungsgerichtliches Verfahren als vorrangiges und abschließendes Verfahren	140
cc) Zwischenfazit	142
b) Grenzen des Vorrangs staatlicher Verfahren	142
aa) Atypische Konstellationen	143
bb) Zu möglichen Grenzen am Beispiel der rechtswidrigen Versagung einer Genehmigung	144
(1) Überblick zum Meinungsstand	145

(2) Einordnung	147
(a) Überschneidungen mit der Diskussion über die sog. Genehmigungspflichtigkeit	147
(b) Überschneidungen mit der Diskussion über die Verwaltungsakt- oder -rechtsakzessorietät	150
(3) Verwaltungsgerichtliches Verfahren als vorrangiges und abschließendes staatliches Verfahren	152
(4) Ergebnis	152
cc) Zu möglichen Grenzen am Beispiel der verfassungswidrigen Versagung von Rechtsschutz	152
c) Zwischenfazit	154
4. Offene Fragen und weiterer Gang der Untersuchung	155
<i>E. Zusammenfassung</i>	156
 Kapitel 3: Vorrang staatlicher Verfahren bei Defiziten im Genehmigungsverfahren	159
<i>A. Einordnung der Fallgruppe</i>	161
I. Behördliche Genehmigung und gegenwärtige Gefahr	161
II. Differenzierung von Genehmigungs- und Gefahrenabwehrverfahren	162
<i>B. Rechtswidrige Genehmigungen</i>	163
I. Ergebnis des Genehmigungsverfahrens als abschließende behördliche Entscheidung	164
1. Verwaltungsakt als Verhaltensmaßstab	165
2. Bindung der Strafgerichte an den rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakt	167
3. Ergebnis	169
II. Verwaltungsgerichtliches Verfahren als vorrangiges Verfahren	170
1. Verwaltungsprozessualer Hintergrund	170
2. Bedeutung für die Auslegung des § 34 StGB	173
a) Notstandshandlungen von klagebefugten Personen	173
b) Notstandshandlungen von nicht-klagebefugten Personen	174
aa) Überblick zum Meinungsstand	175
bb) Stellungnahme	177
(1) Sinn und Zweck des § 42 Abs. 2 VwGO und seine Bedeutung für § 34 StGB	178
(2) Legitimatorische Grundlagen des § 34 StGB	180
(3) Zwischenfazit	181
III. Ergebnis	181
<i>C. Nichtige Genehmigungen</i>	182
<i>D. Zusammenfassung</i>	183

Kapitel 4: Vorrang staatlicher Verfahren bei Defiziten bei der Gefahrenabwehr	185
<i>A. Einordnung der Fallgruppe</i>	186
<i>B. Exekutive Untätigkeit im gefahrenabwehrrechtlichen Verfahren</i>	189
I. Überblick zum Meinungsstand	190
1. Meinungsstand vor dem sog. Tierstall-Fall	190
2. Fokussierung der Grenzen des Grundsatzes des Vorrangs staatlicher Verfahren infolge des sog. Tierstall-Falls	193
a) Strikter Vorrang staatlicher Verfahren bei Gefahren für Allgemeinrechtsgüter (<i>Dietlein</i>)	194
b) Strikter Vorrang staatlicher Verfahren bei Gefahren für Allgemeinrechtsgüter (<i>Bock</i>)	195
c) Kein Vorrang staatlicher Verfahren bei Untätigkeit, die Nichtigkeit im Sinne des § 44 Abs. 1 VwVfG gleichkommt (<i>Dehne-Niemann/Greisner und Erb</i>)	196
3. Einordnung des Meinungsstands	197
II. Exekutive Untätigkeit bei Dauerbeeinträchtigungen	199
1. Exekutive Vollzugsaufgabe und exekutive Vollzugsdefizite	201
2. Exekutive Vollzugsdefizite und gerichtliche Kontrolle	204
3. Exekutive Vollzugsdefizite und § 34 StGB	206
4. Konturierung von besonders schwerwiegenden Defiziten anhand des Maßstabs des § 44 Abs. 1 VwVfG	207
a) Gesetzliche Anforderungen: Verwaltungsrechtliches Rechtsfolgenregime	208
b) Erhebliche Verletzung der gesetzlichen Anforderungen	209
c) Zwischenfazit	212
5. Begrenzung der Notstandsbefugnis bei exekutiver Untätigkeit	212
a) Notwendigkeit des Herbeirufens staatlicher Hilfe	213
aa) Ausnahme wegen Zweifeln über die Wirksamkeit staatlicher Handlungsalternativen?	213
bb) Ausnahme bei Dauerbeeinträchtigungen?	216
cc) Zwischenfazit	218
b) Begrenzung auf verfahrensauslösende Handlungen	218
c) Keine Umgehung des behördlichen Auswahlermessens	221
6. Ergebnis	222
III. Exekutive Untätigkeit bei unmittelbar bevorstehendem Schadenseintritt	222
1. Gefahr für Individualrechtsgüter	223
a) § 32 StGB und die Inanspruchnahme staatlicher Hilfe	224
b) Keine Übertragung auf § 34 StGB	226
c) Ausnahme bei besonders schwerwiegenden Defiziten	228
d) Zwischenfazit	229
2. Gefahr für Allgemeinrechtsgüter und tierliche Belange	229
IV. Ergebnis	233

<i>C. Exekutive Untätigkeit in sonstigen verwaltungsrechtlichen Verfahren</i>	234
I. Exekutive Untätigkeit im Zusammenhang mit Rücknahme- und Widerrufsverfahren	234
II. Exekutive Untätigkeit beim Einschreiten gegen ungenehmigte Tätigkeiten	235
<i>D. Zusammenfassung</i>	235
 Kapitel 5: Vorrang staatlicher Verfahren bei Defiziten der Legislative	237
<i>A. Einordnung der Fallgruppe</i>	239
I. Für Fallgruppe 3 relevante Handlungsweisen	240
1. Begriff und Wesensmerkmale zivilen Ungehorsams	241
2. Abgrenzung zu unmittelbar intervenierenden Handlungen	243
3. Abgrenzung zu Gewissens- und Überzeugungstaten	246
II. Abgrenzung zu Fallgruppe 1 und 2	247
<i>B. Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und Akte zivilen Ungehorsams</i>	249
I. Überblick zum Meinungsstand	250
1. Moralische Rechtfertigung	251
2. Rechtliche Rechtfertigung	252
II. Stellungnahme	258
1. Vorrang anderweitiger Möglichkeiten zur Partizipation am demokratischen Willensbildungsprozess	259
a) Erregen von Aufmerksamkeit	260
b) Abwendung der Gefahren, die durch den Klimawandel drohen	261
c) Zwischenfazit	264
2. Vorrang gerichtlicher Verfahren	264
a) Verwaltungsgerichtliches Verfahren als vorrangiges staatliches Verfahren	264
b) Verfassungsbeschwerde als vorrangiges staatliches Verfahren	265
aa) Sog. Klimabeschluss des BVerfG	266
bb) Auswirkungen des sog. Klimabeschlusses auf die Bewertung des § 34 StGB	267
(1) Verletzung von Schutzpflichten durch die Legislative	268
(2) Forderung nach konkreten legislativen Maßnahmen	271
c) Zwischenfazit	272
3. Wertungen des demokratischen Mehrheitsprinzips	272
a) Unmittelbare Verletzung des demokratischen Mehrheitsprinzips?	273
b) Abschließende Wertung durch den demokratischen Willensbildungsprozess	274
aa) Demokratischer Willensbildungsprozess und Mehrheitsprinzip	274

bb) Mögliche Grenzen des Mehrheitsprinzips und ihre Bedeutung für § 34 StGB	275
c) Zwischenfazit	278
4. Ergebnis	278
<i>C. Grundsatz des Vorrangs staatlicher Verfahren und unmittelbar intervenierende Handlungen</i>	<i>279</i>
<i>D. Zusammenfassung</i>	<i>282</i>
 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	285
 Literaturverzeichnis	289
Sachregister	317